

# ROTE POST



Nr.75

April 2024

## INTERNATIONAL

6 AKTUELLES PANDRAMA DES  
KAMPFES GEGEN  
DEN IMPERIALISMUS

## BRD

8 ALLE RÄDER  
STEHEN STILL...

## FRAUEN

10 REAKTIONÄRE GESETZE  
IN DER BRD

## AUS DEM BETRIEB

12 BETRIEBSRATSARBEIT -  
ERFAHRUNGSBERICHT

## BREMEN

13 GOETHEVIERTEL: GEGEN DIE  
ANGEBOTE DES STAATES!

## BERLIN

16 VERARMUNG IM  
FALKENHAGENER FELD

## NORDRHEIN-WESTFALEN

18 SCHÜLERPROTESTE GEGEN  
BILDUNGSPOLITIK

## BADEN-WÜRTTEMBERG

20 URTEIL IM MORDFALL  
ANTE P.

## KULTUR

22 „REGEN AUF DER  
FAHRBAHN“

## **INHALT**

**4 BILD DES MONATS**

**6 INTERNATIONAL**

**8 BRD**

**10 FRAUEN**

**12 AUS DEM BETRIEB**

**13 BREMEN**

**16 BERLIN**

**18 NORDRHEIN-WESTFALEN**

**20 BADEN-WÜRTTEMBERG**

**22 KULTUR**

**8. MÄRZ IN OSLO, NORWEGEN**

**AKTUELLES PANDRAMA DES KAMPFES  
GEGEN DEN IMPERIALISMUS**

**ALLE RÄDER STEHEN STILL, WENN DEIN  
STARKER ARM ES WILL**

**REAKTIONÄRE GESETZE IN DER BRD**

**KURZER ERFAHRUNGSBERICHT AUS DER  
BETRIEBSRATSARBEIT**

**GOETHEVIERTEL: GEGEN DIE ANGEBOTE  
DES STAATES!**

**FALKENHAGENER FELD:  
FORTSCHREITENDE VERARMUNG**

**SCHÜLERPROTESTE GEGEN DIE  
BILDUNGSPOLITIK DER LANDESREGIERUNG**

**URTEIL IM MORDFALL ANTE P.**

**„REGEN AUF DER FAHRBAHN“  
– DIE ABGRÜNDE DES DEUTSCHRAPPS**

## **KONTAKT**

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für  
Abos schreibt uns eine Mail an  
[rotepost@gmx.de](mailto:rotepost@gmx.de)

## **V. I. S. D. P.**

Franziska Vogler  
Blodigstr. 15  
80933 München

## **EIGENTUMSVORBEHALT**

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leser der Roten Post,

der 1. Mai steht vor der Tür und in den Zeiten der Krise des Imperialismus, seiner allgemeinen Krise und der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Krise des deutschen Imperialismus, sind wir alle frohen Mutes angesichts der bevorstehenden „Heerschau“ unserer Klasse.

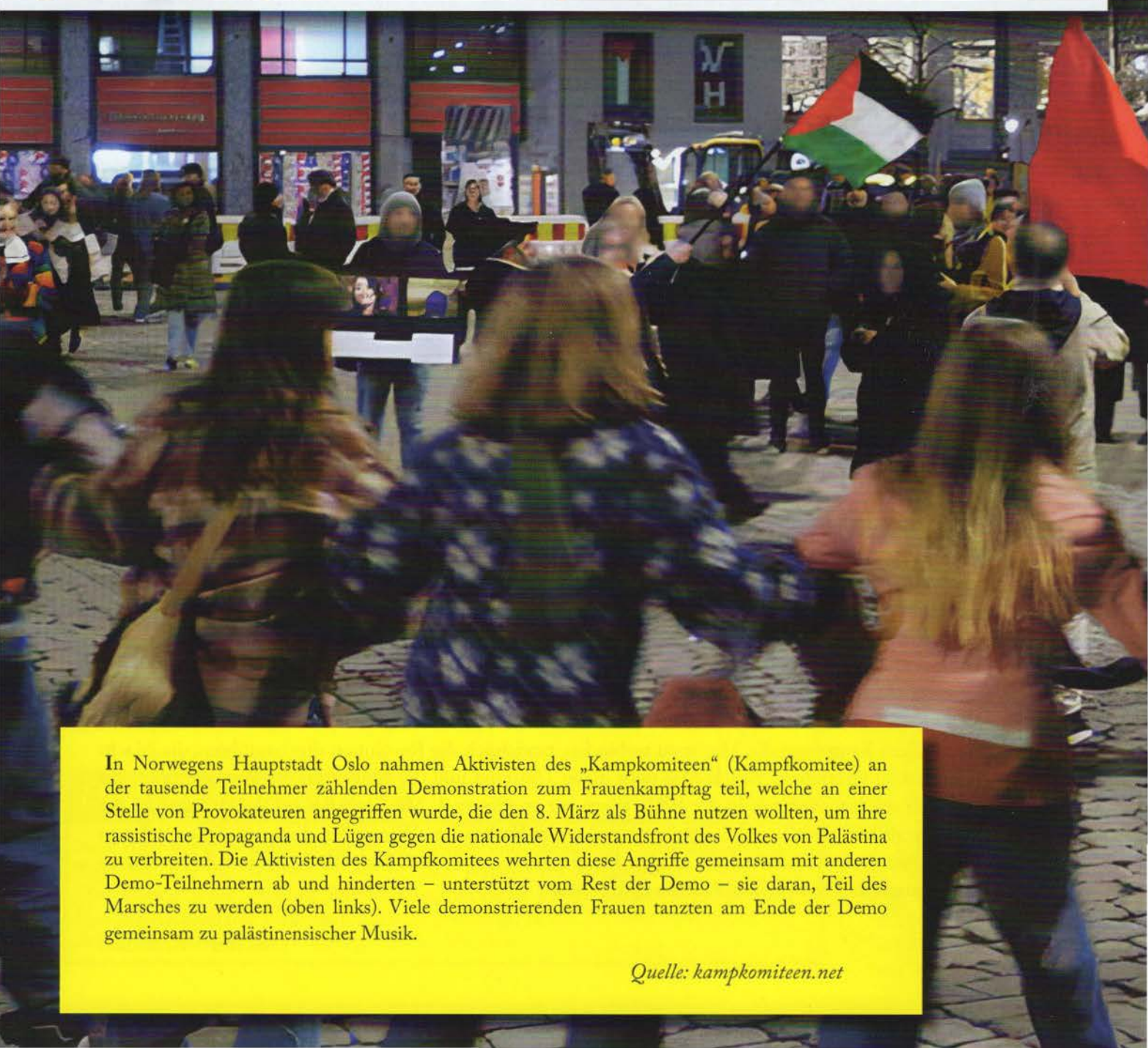
Überall auf der Welt entfalten sich die Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Ganz besonders hervorstechend ist dabei weiterhin der Kampf des Volkes von Palästina. Die großartigen Mobilisierungen, besonders in Nordrhein-Westfalen, zeigen, dass die makabren Verunglimpfungen der Nationalen Widerstandsfront Palästinas, die Menschen nicht von ihrer Unterstützung für diesen gerechtfertigten Kampf abbringen. Es beweist sich, dass ein konsequenter Antiimperialismus sich gegen die Opportunisten und Revisionisten, die mit dem Kampf und dem Blut der Völker der Welt nur schachern wollen, durchsetzt. Das Volk Palästinas beharrt auf dem bewaffneten Kampf und weist die Kapitulation zurück. Es zahlt dafür einen unglaublichen Preis in Blut. Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Völkermord, welche von Israel und seinen imperialistischen Herren, allen voran den USA, aber auch Deutschland begangen werden, werden immer offensichtlicher und geraten immer mehr in die Kritik. Wichtig dabei ist, dass die BRD diese Verbrechen nicht wegen einer angeblichen „historischen Schuld“ deckt und unterstützt, sondern weil dies direkt ihren Interessen entspricht. Ebenso ist die wahlkampfbedingte Demagogie von Joe Biden wahrlich nichts als eben Demagogie. Jede Kritik, die von der ‚demokratischen Partei‘ in der Öffentlichkeit in dieser Frage gemacht wird, wird vergolten mit abertausenden neuen Bomben und Raketen.

Die Krise der bürgerlichen Demokratie, d.h. insbesondere des Parlamentarismus, ist in Deutschland überdeutlich. Die Ampel-Koalition wäre längst Geschichte, wenn der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dies nicht verhindert hätte. An jedem noch so unwichtigen Punkt brechen banale Streitereien in aller Öffentlichkeit aus. Ihr Kanzler, der Pate aus Hamburg, ist sogar in den eigenen Reihen verhasst. Die CDU/CSU agiert recht planlos und die Revisionisten und Opportunisten spielen Helfershelfer der SPD. Die AfD, die heute noch Opposition spielen kann und „radikale“ Slogans ausgibt, wird sich – wie in anderen Ländern auch – absehbar dem parlamentarischen Mainstream anpassen. Die anstehenden Wahlen werden die Probleme der Regierung und die Krise der Herrschenden sicherlich noch weiter verschärfen.

Wir haben in dieser Ausgabe eine neue Rubrik „Aus dem Betrieb“ in der Arbeiter über ihren Kampf im Betrieb berichten. Dies zum Anlass nehmend haben wir auch einen Artikel zur Situation der Streik in Deutschland der ein größeres Gesamtbild zeichnet. In der gegenwärtigen Krise versuchen die Herrschenden die Lasten der Krise auf die Arbeiterklasse und andere Werktätige abzuschieben. Aber die Streiks, welche zuletzt durchgeführt wurden, haben erneut die Verletzlichkeit des System, insbesondere der kritischen Infrastruktur, durch den Streik und die Kraft der Arbeiterklasse unter Beweis gestellt. Des weiteren behandeln wir in dieser Ausgabe unter anderem Großsiedlungen, in denen Mangelernährung bei Kindern und auch älteren Menschen mittlerweile kein Einzelfall mehr ist, die Klassenjustiz, die Mörder-Polizisten ungestraft davon kommen lässt, und die zwielichten Pläne der Herrschenden, zu verhindern, dass sich ein Arbeiterviertel gegen sie organisiert.

In Anbetracht dieser Situation beweist sich erneut die unbedingte Notwendigkeit der Kommunistischen Partei, als organisiertem Vortrupp unserer Klasse. Nur sie ist in der Lage die verschiedenen Kämpfe zu bündeln, mit dem Kampf um die Macht zu verbinden, tatsächlich die Revolution durchzuführen, die Macht zu erobern und zu verteidigen. Am 1. Mai steht dieser Umstand und der Kampf für die Rekonstitution der KPD natürlich mit im Zentrum. In der BRD feiern wir an diesem 1. Mai auch das einjährige Bestehen des Roten Bundes als revolutionäre Aktivist\*innenorganisation des Proletariats. Wir wollen dies zum Anlass nehmen alle unsere Leser dazu aufzurufen sich an den Demonstrationen zum 1. Mai mit Kraft und Zuversicht zu beteiligen. **Kämpft und wehrt euch! Heraus zum 1. Mai!**

Eure RoPo-Redaktion



In Norwegens Hauptstadt Oslo nahmen Aktivist:innen des „Kampkomiteen“ (Kampkomitee) an der tausende Teilnehmer zählenden Demonstration zum Frauentag teil, welche an einer Stelle von Provokateuren angegriffen wurde, die den 8. März als Bühne nutzen wollten, um ihre rassistische Propaganda und Lügen gegen die nationale Widerstandsfront des Volkes von Palästina zu verbreiten. Die Aktivist:innen des Kampkomitees wehrten diese Angriffe gemeinsam mit anderen Demo-Teilnehmer:innen ab und hinderten – unterstützt vom Rest der Demo – sie daran, Teil des Marsches zu werden (oben links). Viele demonstrierende Frauen tanzten am Ende der Demo gemeinsam zu palästinensischer Musik.

Quelle: [kampkomiteen.net](http://kampkomiteen.net)



## AKTUELLES PANORAMA DES KAMPFES GEGEN DEN IMPERIALISMUS



*Stürmung des Präsidentenpalasts in Mexiko-Stadt am 6. März*

**D**er 8. März, der internationale Frauenkampftag, stand im vergangenen Monat auf der ganzen Welt ganz im Zeichen des Kampfes gegen Imperialismus und Patriarchat, welche nur zusammen bekämpft und zusammen zerschlagen werden können.

Von Lateinamerika nach Asien, von Afrika bis nach Europa gingen Millionen von Frauen aus der Arbeiterklasse und dem Volk auf die Straße, um für ihre Rechte und Emanzipation zu demonstrieren und die Ausbeutung und Unterdrückung durch den Imperialismus und das Patriarchat zu denunzieren. Überall in den ersten Reihen konnte man dabei die Fahne der nationalen Widerstandsfront Palästinas sehen, als fester Bestandteil und besonderer Ausdruck des Kampfes gegen den Imperialismus.

Und zu Recht weht diese Fahne des Kampfes des Volkes von Palästina überall dort, wo die Völker der Welt ihre gerechtfertigten Kämpfe führen. Über 180 Tage hart das Volk in Gaza aus und kämpft weiter gegen Bomben, gegen Vertreibung, gegen Hungertod und Völkermord. Die Menschen in Gaza kämpfen gegen einen Feind, der von den Imperialisten hochgerüstet und geschützt wird, und dennoch ist ihr Widerstand und der bewaffnete Kampf unbesiegbar.

Das Volk von Palästina kämpft unerschütterlich um die Befreiung seiner Heimat. Der Kampf des Volkes

in Palästina gegen die israelischen Besatzer und gegen die Imperialisten ist im jetzigen Moment zum zentralen Symbol geworden für die Verschärfung des Hauptwiderspruchs auf Weltebene, zwischen dem Imperialismus und den unterdrückten Nationen.

Die Imperialisten und ihre Lakaien begehen schreckliche Verbrechen, und der Imperialismus als System steckt in einer fundamentalen und allgemeinen Krise. Doch die andere Seite dieses Widerspruchs, unsere Seite, die der internationalen Arbeiterklasse und Völker muss auch gesehen werden. Die ganze Welt schaut, wie schon erwähnt, auf Palästina, die nationale Widerstandsfront und den heldenhaften bewaffneten Kampf gegen den Völkermord. Und auch im Rest der Welt werden die Kämpfe gegen den Imperialismus geführt.

Allen voran die vier Volkskriege auf der Welt in Peru, Indien, der Türkei und den Philippinen. In diesen vier Volkskriegen kämpfen Abertausende von Menschen unter Führung ihrer Kommunistischen Parteien in der neudemokratischen Revolution für die Befreiung ihrer Länder vom Imperialismus, für eine unabhängige nationale Entwicklung und einer Wirtschaft in den Händen des Volkes. Das sind die höchstentwickeltesten Kämpfe auf der Welt, mit ihren jeweiligen Besonderheiten, welche für eine Befreiung vom Imperialismus als Ganzes stehen, auf dem Weg Richtung Kommunismus.

Darüber hinaus kämpfen Milliarden von Menschen auf unterschiedliche Art und Weise für ihre Rechte und Forderungen. Der Imperialismus geht immer mehr zugrunde und ist allerorts nicht mehr in der Lage, die grundlegendsten Bedürfnisse seiner Sklaven zu erfüllen und seine Ordnung aufrecht zu erhalten. So gab es im vergangenen Jahr die größte Anzahl bewaffneter Konflikte in der Welt seit dem 2. Weltkrieg.

Die immensen Massen an armen Bauern in den unterdrückten Nationen, die in einem Zustand der Feudalität und Halbfeudalität gefangen gehalten werden, kämpfen für ihr Recht auf ein Stück Land auf dem sie leben und von dem sie sich ernähren können. Diese bilden im Weltmaßstab gesehen die Hauptkraft der Revolution.

Wir sehen in Brasilien – wie in der Januar-Ausgabe der Roten Post beschrieben – eine Agrarrevolution der armen Bauernschaft, welche mit massenhaften Landinvasionen, Autobahnblockaden, Gerichtsverfahren und kämpferischen Aktionen aller Art unter Führung der Revolutionäre im Kampf gegen die Großgrundbesitzer und die Truppen des alten brasilianischen Staates immer kraftvoller voranschreitet und die Reihen schließt mit den fortgeschrittensten Kämpfen auf der Welt.

Wir sehen auch, wie sich in Mexiko aktuell eine lebendige Wahlboykottkampagne entfaltet, die unter anderem auf der Grundlage des Kampfes gegen Militarisierung, imperialistische Megaprojekte, wie den interozeanischen Korridor, und für den Kampf der Indigenen und armen Bauern dazu aufruft, für die neudemokratische Revolution zu kämpfen und den alten mexikanischen Staat und seine Repräsentanten, welche einen Zustand von Halbkolonialität und Halbfeudalismus im Sinne der Ausbeutung durch die ausländischen Imperialisten aufrechterhalten, nicht zu legitimieren.

In Mexiko-Stadt stürmte das Volk am 6. März – vor dem Hintergrund der allgemeinen Krise des Landes und dem zehnjährigen Jahrestag des Verschwindenlassens von 43 Studenten durch den alten mexikanischen Staat – kurzerhand den Präsidentenpalast und lieferte sich heftige Kämpfe mit der Militärpolizei.

Diese Aufzählung der Kämpfe der unterdrückten Völker der Welt gegen den Imperialismus könnte man

beliebig weiterführen. Sei es der bewaffnete Kampf des Volkes in Myanmar gegen das Militärregime oder der Kampf des jemenitischen Volk, das von einer blutrünstigen Koalition unter Führung des US-Imperialismus mit deutscher Beteiligung angegriffen wird. Nicht zu vergessen ist an dieser Stelle auch der Widerstand des ukrainischen Volkes gegen die Invasion des Russischen Imperialismus.

Doch auch in den imperialistischen Ländern spitzen sich die Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und dem Volk und der Bourgeoisie immer mehr zu. Das hat nicht nur, aber insbesondere der mächtige Aufstand der Jugend in den Arbeitervierteln in Frankreich letztes Jahr gezeigt. Der deutsche Imperialismus bangt sichtlich vor einer solchen sich abzeichnenden Entwicklung. Die obszöne Hexenjagd auf angebliche ehemalige Mitglieder der Roten Armee Fraktion oder die Panikstimmung, nachdem ein paar Leute Feuer gelegt haben und für eine Woche für einen Produktionsausfall bei Tesla sorgten, belegten dies eindrucksvoll. Wir gehen auf weitere Entwicklungen in dieser Hinsicht im BRD-Artikel ein. Die Regierungen der imperialistischen Länder stecken vielfach in einer ökonomischen und politischen Krise und können ihre Legitimation gegenüber den ausgebeuteten und unterdrücktesten Teilen unserer Klasse nicht mehr aufrechterhalten.

Dies alles bestätigt, dass wir uns weltweit inmitten einer neuen Welle der proletarischen Weltrevolution, in einer Periode neuer Revolutionen, in einer revolutionären Situation in ungleicher Entwicklung befinden. Die allgemeine Krise des Imperialismus trifft auf erstarkende nationale Befreiungsbewegungen in den unterdrückten Nationen. Diese allgemeine Krise findet ihre Entsprechung in den politischen und ökonomischen Krisen der jeweiligen Länder, die mit einer immer mehr in Widerspruch zur Herrschaft des Imperialismus stehenden Bevölkerung konfrontiert sind.

Dieses internationale und nationale Panorama erfasste der Rote Bund ganz hervorragend in seiner Gründungserklärung im vergangenen Jahr und darum ist diese – auch für den 1. Mai 2024, dem Kampftag unserer Klasse – ein Aufruf zum Kampf: *„Unsere Weltanschauung kann in dem Satz **Die Rebellion ist gerechtfertigt!**‘ zusammengefasst werden. Unser politischer Standpunkt ist der der Arbeiterklasse. Wir sind revolutionäre Aktivisten und rufen alle vom Imperialismus Ausgebeuteten und Unterdrückten auf: **Kämpft und wehrt euch!**“* •

## ALLE RÄDER STEHEN STILL, WENN DEIN STARKER ARM ES WILL



*Streik der Arbeiter von SRW in Espenhain*

Die Streiks der vergangenen Monate in Deutschland brachten ein Ausmaß an Auseinandersetzungen, welches es in dieser Form seit vielen Jahren nicht gab. Sowohl die gestellten Forderungen, als auch das Ausmaß der Arbeitsk Kampfmaßnahmen haben ein höheres Niveau erreicht. Dass die Arbeiterklasse es nicht einfach hinnimmt, dass die Folgen der Krise des deutschen Imperialismus auf ihre Schultern abgewälzt werden, ist durchaus positiv. Dass diese Forderungen gegen den klassenversöhnlerischen Kurs der Gewerkschaftsbürokratie durchgesetzt werden konnten, ist schon ein Gewinn. Diese Bewegung gibt es in ähnlicher Form auch bei den Bauernprotesten gegen die staatlichen Maßnahmen zu Gunsten der Monopole und zu Ungunsten der Landwirte. Immer wieder explodiert der Zorn der Jugend spontan in Kämpfen gegen die Polizei. Große Teile der Ausgebeuteten und Unterdrücktesten erheben sich in Solidarität mit dem heldenhaften Kampf des Volkes Palästinas. In diesen Kämpfen erfahren diejenigen, die sich gegen den Staat wenden, nicht nur Hetze aus den bürgerlichen Medien gegen sich, sondern auch massive Repression, Unterdrückung und die Aufhebung grundlegender demokratischer Rechte. So drückt sich unter anderem die Verschärfung des Hauptwiderspruchs in der BRD aus, wovon der ökonomische Kampf ein bedeutender Teil ist.

Im Einzelhandel dauert der Arbeitsk Kampf mittlerweile über ein Jahr an. Die Arbeitskäufer scheinen wenig kompromissbereit und die Gewerkschaft hat dank ihres

Agierens einen äußerst niedrigen Organisationsgrad. Die Arbeitssituation im Einzelhandel ist besonders. Dort arbeiten besonders viele Frauen und diese arbeiten besonders häufig in Teilzeit. Warum, darüber schreiben wir in der Rubrik Frauen etwas ausführlicher. Ganze 60 Verhandlungsrunden stehen mittlerweile zu Buche, bei Forderungen die rund 2,50 Euro mehr pro Stunde entsprechen.

Bei der Deutschen Bahn ist unlängst ein längerer und intensiv geführter Arbeitsk Kampf zu Ende gegangen. Die Gewerkschaft der Lokführer ist dabei über das gewohnte Maß an Streikmaßnahmen etwas hinaus gegangen und hat damit einen Sturm der Entrüstung bei Arbeitskäufern und auch staatlichen Institutionen ausgelöst. Durch das Tarifeinheitsgesetz wurde die GdL quasi in diese Situation gezwungen, in welcher sie in direkte Konkurrenz zur EVG, der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, steht. Alleine aus Gründen des Selbsterhalts muss die GdL ihre Arbeitsk Kampfmaßnahmen entsprechend offensiv gestalten, auch wenn das Ergebnis kaum den Erwartungen der meisten Bahner entspricht. Dieser Streik, der sich immer noch im Rahmen von Warnstreiks bewegte, hat jedoch gezeigt welche Macht in den Händen der Arbeiterklasse liegt. Ist sie organisiert, dann wird bei der Bahn „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“ zur Realität. Massive Einschränkungen im Öffentlichen Personennahverkehr sind dabei nur das eine, viel relevanter sind die Beeinträchtigungen im Warentransport. DB Cargo ist eines der wichtigsten Monopole in diesem



Bereich und die Streiks haben die empfindlichen in-time geplanten Lieferketten massiv gestört. So konnten innerhalb kürzester Zeit relativ hohe Schadenssummen durch den Arbeitskampf verursacht werden. Diese Machtposition war es schließlich auch, welche die Arbeitskäufer zum Einlenken zwang. Dabei ist besonders die Reduzierung der Arbeitszeit wichtig, denn die Arbeitskäufer können aus den Bahnern bei einer 35-Stunden-Woche deutlich weniger Profit herauspressen.

Auch die Arbeiter in der Luftsicherheit haben zuletzt mit ihren Streiks für größeres Aufsehen gesorgt. Auch in diesem Bereich zeigt sich die Angreifbarkeit eines Systems, welches auf minutengenaue Transporte angewiesen ist. Ver.di hat sich hier mit einer Schlichtung des Arbeitskampfes wieder einmal offen gegen die Interessen der Arbeiter gestellt.

Im sächsischen Espenhain streiken die Mitarbeitenden einer Recyclingfirma seit mehr als vier Monaten. Laut IG Metall ist das einer der längste Streik in der Geschichte Deutschlands. Weit mehr als einhundert Tage im Streik stehen die Arbeiter von SRW, einer Tochterfirma von „Scholz Recycling“ aus Baden-Württemberg, die 2016 von dem Unternehmen Chiho-Tiande aus China gekauft wurde, nun schon im Streik. Die Forderungen sind hier zunächst einmal ein Tarifvertrag, darüber hinaus acht Prozent mehr Lohn und eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 38 Stunden. Seit dem 8. November stehen die Arbeiter jetzt vor den Werkstoren und ein nahes Ende ist nicht in Sicht.

Die Streiks im Öffentlichen Personennahverkehr halten unvermindert an. Auch hier ist eine der Kernforderungen der Arbeiter einer Reduzierung der Arbeitszeit. Die Arbeitskäufer ihrerseits drängen auf eine Verlängerung der Arbeitszeiten. Dazu kommen Forderungen nach einer absoluten – für sage und schreibe drei Jahr andauernden – absoluten Friedenspflicht, was bedeuten würde, dass jede Streikmaßnahme in dieser Periode unmöglich wäre, auch wenn es sich dabei um Dinge handeln würde, welche noch nicht tarifvertraglich geregelt sind. Hier will die Seite der Arbeitskäufer für einen möglichst langen Zeitraum Ruhe erzwingen und auch wenn die Gewerkschaften zunächst eine klare Ablehnung nach außen hin zeigten, ist die Tendenz deutlich, dass insbesondere ver.di auf einen Abschluss drängt, der diese Friedenspflicht beinhaltet.

Auch bei der Postbank oder den Klinik-Ärzten gab es zuletzt Bewegung. Was sich dabei erneut zeigt ist, dass immer mehr Schichten, auch solche die innerhalb dieser Gesellschaft ökonomisch deutlich besser gestellt sind, in einen schärfer werdenden Widerspruch geraten. Die Grundlage dafür bildet die schwere ökonomische Krise des deutschen Imperialismus, welche seit Jahren anhält und absehbar anhalten wird. Die zuletzt veröffentlichten Prognosen zeigen mindestens ein weiteres Jahr Stagnation des Wirtschaftswachstums.

In dieser Krise tun der Staat und die Arbeitskäufer, nicht selten in Einheit mit den Gewerkschaften, was sie immer tun – sie versuchen die Lasten der Krise auf die Arbeiterklasse und andere Werktätige abzuschieben. Die Verletzlichkeit des System durch den Streik führte nun dazu, dass eine Kampagne gegen das ohnehin schon schwache und vielerorts zahnlose deutsche Streikrecht in Gang gesetzt wurde.

Forderungen nach einem schärferen Streikrecht gibt es unter anderem von der FDP. Gerade bei der anfälligen kritischen Infrastruktur wird Druck aufgebaut. Schlagworte wie die Wahrung der Verhältnismäßigkeit, maßlose Streikgier oder Geiselhaf werden ins Feld geführt. Von Seiten der Politik scheint klar: So kann es in Zukunft nicht weitergehen. Streiks, wie der der GdL, sollen in Zukunft unterbunden werden, sagte FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai. Auch Verkehrsminister Volker Wissing unterstützt diese Forderungen grundsätzlich. Auch die CSU macht sich für eine Einschränkung des Streikrechts stark. Auch hier im Fokus: kritische Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge.

Zu den aus Sicht der Herrschenden notwendigen Reformen gehörten Instrumente wie verpflichtende Schlichtungen, klare Mindestfristen für die Ankündigung eines Streiks und verpflichtende Vereinbarungen der Tarifparteien zur Mindestversorgung und von Notdiensten, sowie die Möglichkeit, Verhandlungsführer auszutauschen. Auch eine generelle Einschränkung des Streikrechts in „sensiblen Bereichen“ steht im Raum.

Hand in Hand gehen die bürgerlichen Politiker dabei natürlich mit den Arbeitskäufern. Der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Steffen Kampeter, forderte den Gesetzgeber zum Handeln für ein klares, d.h. noch weiter kastriertes, Arbeitskampfrecht auf. Die „Wirtschaftsweise“ Veronika Grimm blies ins gleiche Horn, denn die Streiks würden zunehmend die „Wettbewerbsfähigkeit belasten“.

## REAKTIONÄRE GESETZE IN DER BRD

**L**aut Grundgesetz sind Frauen und Männer seit 1949 formell „gleichberechtigt“, und seit 1994 fördert der Staat angeblich „die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Trotz diesem Lippenbekenntnis gibt es aber doch einige Gesetze, die die Unterdrückung von Frauen fördern und aufrecht erhalten. Hier ein kleiner Überblick.

### EHE UND FAMILIE

Familie und Ehe werden im Grundgesetz als dasselbe verstanden und rechtlich geschützt und durch geeignete Maßnahmen begünstigt. Die meisten reaktionären Gesetze zulasten von Frauen hängen zusammen mit den Gesetzen rund um die Ehe. Warum? Weil die **„Monogamie, die Herrschaft des Mannes über die Frau, und die Einzelfamilie ... wirtschaftliche Einheit der Gesellschaft“** ist, bzw. **„Die moderne Einzelfamilie ist gegründet auf die offene oder verhüllte Hausklaverei der Frau, und die moderne Gesellschaft ist eine Masse, die aus lauter Einzelfamilien als ihren Molekülen sich zusammensetzt“**, wie es bereits Friedrich Engels beschrieb.

Wirft man einen kurzen Blick in die Geschichte der Ehe in der BRD, sieht man dass Frauen erst im Jahre 1976 innerhalb der Ehe eine Arbeitserlaubnis bekamen, die ihren „ehelichen Pflichten“ gegebenenfalls auch im Wege stand. Eine Vergewaltigung in der Ehe war bis 1997 erlaubt bzw. existierte so etwas laut deutschem bürgerlichen Recht gar nicht.

Das zentrale Problem, damals wie heute, ist, dass die Ehe als ökonomische Einheit funktioniert. Damit ist gemeint, dass in vielen Fällen die Löhne zusammen gelegt werden, dass zusammen Steuern gezahlt werden, dass die Rente geteilt wird, und dass man gemeinsam familienversichert ist.

Ein wichtiger Aspekt ist dabei das Ehegattensplitting. Die Löhne der beiden Ehepartner werden zusammen gerechnet, durch zwei geteilt und beide zahlen dann gleich viel Steuern, also die Steuerlast wird auf beide gleich aufgeteilt. Die Alternative wäre, dass der Haupt-

verdiener (der Mann) entsprechend auch mehr Steuern zahlen muss, während die geringer entlohnte (die Frau) auch weniger Steuern zahlen muss. Das heißt, beim Ehegattensplitting zahlt die Frau mehr Steuern bei gleichbleibendem (niedrigem) Lohn, und der Mann muss weniger zahlen bei gleichbleibendem höheren Lohn.

Das lohnt sich am meisten, wenn die Löhne sehr weit auseinander liegen, also so ungleich wie möglich sind. Unter dieser Bedingung kann man auf bestimmtem Wege Steuern einsparen. Auf Paare mit weniger proletarischem Hintergrund hat das natürlich kaum eine Auswirkung, da beide genug verdienen und etwas mehr Steuern nicht so weh tun, sie sind also nicht gezwungen Steuern auf Kosten der Frau zu sparen. In proletarischen Familien sieht das schon ganz anders aus. Auf diese Weise wird die Frau aus der Produktionsarbeit heraus geholt und in die Hausarbeit gedrängt, und zusätzlich wird die ganze wirtschaftliche Einheit, also die Familie, finanziell vom Mann abhängig gemacht.

Diese Regelung ist so reaktionär, dass die BRD, neben Luxemburg und dem erzkonservativem Staat Polen, das einzige EU Land ist, welches diese Regelung anwendet.

Weitere finanzielle Vorteile in der Ehe gibt es bei der Krankenversicherung: in einer Ehe kann der Ehepartner, der nur einen Minijob ausübt, über den gesetzlich krankenversicherten Ehepartner mitversichert sein, falls dieser sozialversicherungspflichtig arbeitet. Auch das schafft natürlich eine Abhängigkeit.

### SCHEIDUNGSRECHT

Die Ehe gilt, rechtlich gesehen, grundsätzlich als unauflösbar, dafür gibt es allerdings Ausnahmen. Diese sind für die meisten Frauen mit erheblichen Hürden verbunden.

Um eine Ehe scheiden zu lassen, muss das Ehepaar ein sogenanntes „Trennungsjahr“ durchlaufen. Dabei müssen sie entweder in zwei unterschiedlichen Wohnungen leben oder innerhalb ihrer Wohnung nicht mehr wie ein Paar zusammenleben, was für die meisten finanziell kaum zu bewältigen ist.

Außerdem braucht man für den Prozess einer Scheidung Anwälte, die auch erstmal bezahlt werden müssen, genauso wie die Gerichtskosten.

Was die Scheidung angeht, macht es für die Frau finanziell Sinn, diese möglichst lange hinauszuzögern und die Ehe weiterlaufen zu lassen. Nach einer Scheidung werden die jeweiligen Rentenansprüche unter beiden Personen aufgeteilt, die während der Ehezeit angehäuft wurden.

Da die proletarische Frau in der Regel, entsprechend den oben dargelegten wirtschaftlichen und rechtlichen Umständen, nur wenig für ihre Rente sorgen konnte, würde sie mit einer möglichst langen Ehe am Ende mehr Rente bekommen, je länger sie die Ehe aushält.

Zudem fällt der Anspruch auf eine Witwenrente nach einer Scheidung weg. Die Witwenrente bedeutet, dass die Hinterbliebene (z.B. die Frau) einen Teil der Rente des verstorbenen Ehepartners (dem Mann) zusätzlich zur eigenen Rente erhält.

Im Falle einer Scheidung kann es auch zu der Situation kommen, dass der Frau ihre ökonomische Stütze wegbriecht und sie nicht alleine für sich, und oft auch ihre Kinder sorgen kann. Bis 2008 hatte die Frau in dieser Situation über viele Jahre hinweg einen Anspruch auf Unterhalt, den der Ex-Ehemann zahlen musste. Mit einer Reform 2008 wurde dieser grundsätzliche Anspruch aber abgeschafft und gilt jetzt nur noch dann, wenn die Frau ein Kind im Alter von maximal drei Jahren hat.

## ABTREIBUNG

Zuletzt ist auch noch zu erwähnen, dass eine Abtreibung im Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland als eine Straftat gilt, die nur unter bestimmten Bedingungen straffrei bleibt.

Darüber hinaus ist anzumerken, dass es erst seit 2022 erlaubt ist, als Klinik oder Praxis überhaupt darauf hinzuweisen, dass Abtreibungen durchgeführt werden. Die Anzahl der Kliniken und Praxen, die Abtreibungen durchführen, sinkt beständig, was unter anderem daran liegt, dass viele Ärzte mit dieser rechtlichen Grauzone nichts zu tun haben wollen, auch weil der Staat immer wieder Ärzte juristisch verfolgte, die Abtreibungen durchführten und darüber informierten (das war dann unerlaubte „Werbung“).

Wir sehen, dass sich die doppelte Unterdrückung der Frauen auch in den Gesetzen der BRD manifestiert. Das ist kein Wunder bei einem Staat, der die Existenz und Verteidigung des Privateigentums als seinen innersten Kern trägt. Dieses Privateigentum ist untrennbar verbunden mit dem Patriarchat.

Lenin untersuchte die Situation der Frau in der bürgerlichen Demokratie und verglich sie mit der unter der Diktatur des Proletariats. Diese Analyse führte ihn zu folgender Aussage:

**„Die Vertreter aller Freiheitsbewegungen in Westeuropa fordern schon seit langem, nicht erst seit Jahrzehnten, sondern seit Jahrhunderten, die Abschaffung dieser veralteten Gesetze und die gesetzliche Gleichstellung der Frau mit dem Mann. Aber keinem der demokratischen Staaten Europas, keiner der fortgeschrittensten Republiken ist es gelungen, dies zu verwirklichen, weil dort, wo der Kapitalismus besteht, wo das Privateigentum an Grund und Boden, das Privateigentum an Fabriken und Werken fortbesteht, wo das Kapital noch seine Macht ausübt, die Privilegien der Männer erhalten bleiben. [...] Die Sowjetmacht, die Macht der Werktätigen, hat gleich in den ersten Monaten ihres Bestehens die auf die Frau bezügliche Gesetzgebung radikal geändert. Von den Gesetzen, die der Frau eine untergeordnete Stellung zuwiesen, ist in der Sowjetrepublik kein Stein auf dem andern geblieben. Ich meine besonders die Gesetze, die speziell die schwächere Stellung der Frau ausnutzten und sie in eine rechtlich ungleiche und oft sogar erniedrigende Lage versetzten, d.h. die Gesetze über die Ehescheidung, über die unehelichen Kinder und über das Recht der Frau, gegen den Vater des Kindes Unterhaltsklage zu erheben.“ •**



Weibliche Offiziere der Roten Armee, 8. März 1944

## KURZER ERFAHRUNGSBERICHT AUS DER BETRIEBSRATSARBEIT

**E**in Genosse berichtete uns von einer kürzlich in einer Niederlassung eines größeren Handwerksunternehmens abgehaltenen Betriebsversammlung. Diese wurde durch den Betriebsrat organisiert, in welchen er von der Belegschaft gewählt wurde.

Die Betriebsversammlung fand dort, wie an den meisten Orten in den vergangenen Jahren nicht standardgemäß statt und wurde nun auch wohl eher „weil man das ja machen soll“, als dass sich Stimmen dafür laut gemacht hätten, ins Leben gerufen. Dass der Betriebsrat eine durch und durch bürokratische Organisation ist, die grundlegend herzlich wenig Verbesserung für die Arbeiter erwirkt, sei auch den Monteuren des Betriebs sehr bewusst gewesen („was macht ihr da eigentlich immer?“). Dementsprechend war das Interesse an der Betriebsversammlung, der so einige fernblieben.

Die Arbeit mit dem Betriebsrat sei laut dem Genossen bis zu dem Punkt außerordentlich zäh gewesen; die meiste Zeit würde damit verbracht werden, Protokolle abzunehmen, Sammlungen zu Geburtstagen und Firmenjubiläen in Gang zu bringen und sein Einverständnis bei der Einstellung neuer Kollegen zu geben. Wenn es mal tatsächliche Probleme gab, wie die Kündigung eines Mitarbeiters in der Probezeit, hätte die Mehrheit der Betriebsrats-Mitglieder kein Interesse daran gehabt, überhaupt einmal den Kollegen zu kontaktieren, und sich mit der Information des Chefs, der Mann hätte laut seinem Vorgesetzten Probleme gemacht und sei nicht teamfähig gewesen, zufrieden gegeben. Nach Gespräch des Genossen mit dem migrantischen Arbeiter stellte sich raus, dass der Vorarbeiter ihn völlig chauvinistisch behandelt hatte und nach einem von ihm selbst verschuldeten „Zwischenfall“ (falsche Absprache zu einer Aufgabe) den Arbeiter loswerden wollte. Doch auch das habe die Mitglieder nicht bewegen können, etwas zu unternehmen. Außerdem: Die Kritik an einer Betriebsverordnung mit klaren Einschneidungen der Arbeiterrechte wurde zwar von allen Mitglieder angenommen, aber als es zur Entscheidung kam selber einen neuen Vorschlag zu machen oder die Sache so durchzuwinken, machte die Mehrheit der Mitglieder abermals schlapp, der Genosse blieb auch hier in der Minderheit.

Der Rahmen der „Betriebsversammlung“ war eine kurzgehaltene Abhandlung des Betriebsratsvorsitzenden vor den Kollegen über die bürokratischen Aufgaben des Betriebsrats und den irrelevanten Fragen, die so im Alltag behandelt werden, mit einer zeitmäßig fünf mal so langen Klagerede des Chefs über dieses und jenes, was nicht läuft, in der Mitte. Es wurde darin um ein paar Minuten Zeit für erläuternde Worte über das Betriebsverfassungsgesetz gebeten

Der Genosse habe dann die Rolle der Betriebsräte als Mittel der Sozialdemokratie gegen die Arbeiterräte nach der Novemberrevolution, ihre Negation des Arbeitskampfes und ihre Stütze für den „sozialen Frieden“ (denn das ist die einzige offizielle Aufgabe eines Betriebsrates) der BRD sehr kurz erläutert, um dann die darauf aufbauende allgemeine Bestechlichkeit und Bürokratie in den Betriebsräten zu schildern und dann den Bogen ins eigene Unternehmen zu schlagen. Die beiden oben genannten arbeiterfeindlichen Maßnahmen und die Tatenlosigkeit des Betriebsrates seien vor den Zuhörern, den Chef eingeschlossen, kritisiert worden und die Arbeiter dazu aufgerufen, „auch wenn es verständlich ist, dass man kein Vertrauen hat, dass Betriebsratsarbeit irgendwas bringt“, die Probleme offen zu nennen und insbesondere Kritik am Betriebsrat zu üben, wenn dieser die Probleme ignoriere. Denn egal ob der Betriebsrat etwas nütze oder nicht, es würde zumindest ein bisschen Bewegung in die Sache bringen, wenn man (gemeinsam) seinen Unmut kundtut.

Der Chef, der danach reden sollte, sei zuerst gefragt worden, ob er jetzt überhaupt noch nach vorne kommen wolle. Er hat dann seinen Vortrag gehalten, ohne auf irgendwelche Punkte von davor einzugehen, und die ganze Belegschaft, noch mehr als der Betriebsratsvorsitzende, eingeschlafert. So sei es auf der Betriebsversammlung am Ende so gut wie gar nicht zu Diskussionen gekommen, allerdings hätten sich danach vereinzelt Arbeiter bei dem Genossen für den „Vortrag“ bedankt und klargemacht, dass man dem geizigen Chef eh nichts abnehme. •

## GOETHEVIERTEL: GEGEN DIE ANGEBOTE DES STAATES!

In der jüngeren Vergangenheit waren unsere Korrespondenten des öfteren im Süden des Bremerhavener Stadtteils Lehe unterwegs. Im von der Bourgeoisie als „Goethestraße“ getauften Viertel haben sie fast nie jemanden angetroffen, der mit seiner Arbeit, seiner Situation in der Gesellschaft oder der Regierungspolitik zufrieden ist. Viele halten es wie ein Mitte-50-jähriger bulgarischer Arbeiter: *„Ich finde es gut, wenn jemand etwas gegen diese Ungerechtigkeit macht. Das passiert nur viel zu wenig. Ich will dann auch dabei sein und das unterstützen.“* Ein türkischer Cafe-Besitzer spricht ein anderes großes Problem im Goetheviertel an: *„Die Polizei kommt hierhin und kontrolliert alles, obwohl gar keine Probleme da sind. Ich weiß überhaupt nicht, was die hier die ganze Zeit wollen. Ich habe mein Auto hier einmal fünf Minuten hingestellt auf den Gehweg, um etwas einzuladen – kam ich wieder, hatte ich ein Knöllchen bekommen. Die sind sehr unbeliebt hier.“*

Jahrzehntelang hat die Stadt das Goetheviertel, einen mit alten, schmucken Mietskasernen für Hafearbeiter und Seeleute in direkter Nähe des Hafens errichteten Kiez, völlig verwahrlosen lassen. Nach dem Rückgang der Hafenwirtschaft in Deutschland zogen viele aus Bremerhaven weg, und ab den 70ern wurden die Mietskasernen durch die Stadt an unterschiedliche dubiose Personen aus ganz Deutschland ausverkauft, die größtenteils osteuropäische Migranten in die von ihnen vernachlässigten Häuser pferchten. Gegen den Verfall der Immobilien, die Ausbreitung der Armut und für das öffentliche Leben im Viertel wurde ewig nichts getan. Um die Forderungen der Anwohner in die Tat umzusetzen und sie zu mobilisieren, für ihre Interessen zu kämpfen, haben revolutionäre Aktivisten in den vergangenen Jahren besonders am 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse, und am 8. März, dem Frauenkampftag, zu Demonstrationen durch das Viertel aufgerufen. Die Menschen aus dem Viertel beteiligten sich fleißig und mit Begeisterung an den Aktionen und

der umfangreichen Mobilisierung dazu. Bereits die erste 1. Mai-Demonstration wurde für die Bremerhavener Polizei zu einer Demütigung, da die Anwohner – von jung bis alt – sie zum ersten Mal in großer Masse wissen ließen, was sie von ihnen halten. Unsere Korrespondenten berichten, dass die gesamte Demonstration es bejubelte, also ein Mann eine Polizeiwanne bestieg und auf ihr herum hüpfte. Einige

Stimmen von den Demonstrationen der letzten Jahre beweisen das politische Interesse der Menschen aus dem Viertel. *„Wann gibt es die nächste Demonstration?“*, wurde mehrmals gefragt. Eine junge Frau sagte: *„Es sitzen so viele Menschen immer drinnen, endlich kommt man mal raus auf die Straße – das muss viel öfter sein.“* Kinder, die gefragt wurden, warum sie zur Demo gekommen waren, antworteten *„Weil Frauen und Männer das gleiche Recht haben sollen!“* und *„Keine Kriege! Es soll aufhören, alle Kriege zu geben, es soll aufhören, alles teurer zu werden, die Leute sollen sich mehr leisten können, und ich fänd's schön wenn man auch was tut, um den Leuten zu helfen. Es ist in diesem Winter sehr kalt, und ihr steht trotzdem dazu und steht hier auf der Straße und gebt den Leuten etwas zurück.“* Diese Worte – frei aus dem Mund eines Grundschuljägers – sind ein mehr als deutlicher Ausdruck dafür, dass die Anwohner im Goetheviertel für Veränderung



1. Mai 2021



kämpfen wollen. Auch dieses Jahr am 8. März waren die Stimmen u.a. *„Ich komme jedes Mal zu euch ... danke für das, was ihr hier macht!“*.



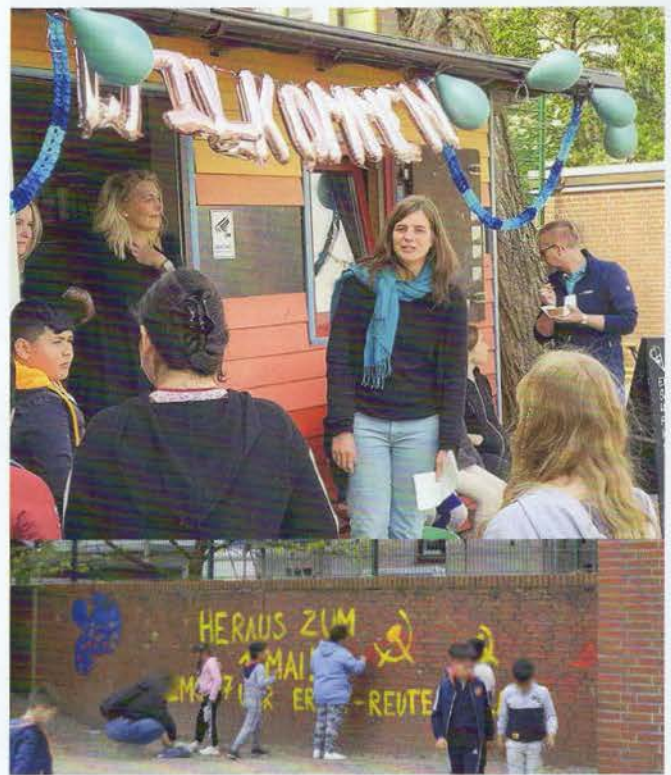
Demo am 8. März 2024

Kurz nach der 1.Mai-Demo 2021 endeten die Ausgangssperre und wenig später weitere „Corona“-Maßnahmen, und es erfolgte prompt eine Reaktion seitens der Stadt: Das Angebot auf dem Pausenhof Lehe, dem Spielplatz „im Herzen des Goetheviertels“ wurde im Vergleich zu vorher massiv ausgeweitet. Die Kinder aus dem Viertel sollten mehr zufrieden gestellt werden, da sich an den Demos und der Mobilisierung viele von ihnen beteiligt, ihre Begeisterung für die politischen Aktivitäten und ihre Ablehnung gegenüber diesem System zum Ausdruck gebracht hatten. Die zuständige „Quartiersmeisterei“, eine besonders von der grünen Partei beeinflusste, der Stadt unterstehende Einrichtung, koordinierte *„die VHS-Angebote Singen, Tanzen und Trommeln, Malen mit Kindern, theaterpädagogischen Angeboten, Parkourworkshops, die beliebte Spielzeugausgabe, die u.a. von Ehrenamtlichen der Goethe43 umgesetzt wurde, das Ferienprogramm des AWO-Jugendwerks [...] improvisiertes Café, Figurentheater, Hoodtraining [von Sozialarbeitern angeleitetes Kampfsport-Projekt aus Bremen] und zahlreiche weiteren Angebote“* und ließ in den vergangenen Jahren einen modernen BMX-Pumptrack aufstellen. Die bisherigen Angebote – der „Kulturbahnhof Lehe“, der „Zolli“ (ein „Natur“-Spielplatz mit Veranstaltungsangebot) und ein alljährliches Straßenfest auf der Goethestraße von allerlei bürgerlichen Institutionen und kleineren Geschäften – hatten sich im Gegensatz dazu fast nur an wohlhabendere Leute von außerhalb gerichtet, die man auch im Zuge der Renovierung und „Aufwertung“, d.h. „soziale Durchmischung“ des Viertels seit 2019 vermehrt zuziehen lassen will. Doch die politischen Aktivitäten haben die Herrschenden begreifen lassen, dass allein das nicht reicht, um den von ihnen deklarierten „sozialen Brennpunkt“ so zahm zu halten, wie sie es gerne haben.

Die neuen Angebote für die Anwohner seit 2021 haben die Gemeinsamkeit, dass sie alle unter Führung des Staates und seinen Institutionen stehen und den Menschen, besonders Kindern, eine Perspektive bieten, kleine „Belohnungen“ zu bekommen, wenn sie sich brav ins System integrieren und sich nicht gegen Ausbeutung und Unterdrückung wehren. Als Gipfel des ganzen organisieren die Quartiersmeisterei und die von ihnen angeheuerten Sozialarbeiter Aktivitäten, um jene Polizei, die die Anwohner mit Tasern schikanieren darf, „näher an die Bevölkerung zu bringen“. Auf den Pausenhof Lehe stellen sich im Sommer hin und wieder „Freund- und-Helfer“-Bullen und bieten Jugendlichen aus dem Viertel Zigaretten auf einen Schnack an. Bei den Kindern zeigten die Maßnahmen auf dem Pausenhof

*oben: Nachbarschaftsarbeit auf dem „Pausenhof“ unter Führung der grünen Partei – die Lösung für unsere Probleme?*

*unten: andere Aktivitäten auf dem „Pausenhof“*



Wirkung; viele Erwachsene stehen dem misstrauisch gegenüber: *„Die tun jetzt so, als wäre alles gut, als wären hier keine Probleme mehr. Das ist nicht richtig.“* Dass alle Probleme geblieben sind, weiß eine polnische Pflegerin zu erzählen, die unsere Korrespondenten an einer Bushaltestelle in der Hafestraße treffen: *„Ich habe mich Tag und Nacht in Schwarzarbeit um alte Menschen gekümmert, ich muss vier Kinder ernähren, ich kriege keinen Mindestlohn. Niemand hilft mir, seit Jahrzehnten. Ich kämpfe allein. Ich bin von ganz unten, ich bin jemand von denen, für die ihr eure Zeitung da schreibt!“*



Ein kommerzielles Straßenfest für Leute von außerhalb...

Denjenigen, die sich nicht der „Zuckerbrot“-Politik zur Befriedung der armen Menschen in Lehe beugen wollen, begegnet der Staat hingegen mit aller Härte. Ganze Polizeitrupps wurden während der Mobilisierungs-Phasen vor Demos losgeschickt, um Fahnen, Transparente, Wandzeitungen und Graffiti aus dem Bild des Viertels zu entfernen – Demo-Anmelder wurden mit Anklagen diesbezüglich eingeschüchtert und schikaniert. Da explizit ein Wunsch der Anwohner mehr Feste im Viertel waren, wurde als ein Gegenpol zum bürgerlichen „Goethe-Straßenfest“ 2022 von einer Initiative zu einem „Straßenfest für alle“ in Lehe mobilisiert, welches vom Staat mit absurder Repression überzogen wurde. Der Kontaktpolizist für das Goetheviertel schikanierte, wie unser Korrespondent berichtet, den Anmelder, einen lokalen Kneipenwirt, kurz vor dem angesetzten Termin, erklärte eigenständig, das Straßenfest dürfe „als eine politische Sache“ (zum Vergleich: auf dem vom Staat organisierten Goethe-Straßenfest waren zahlreiche bürgerliche Parteien vertreten) nicht stattfinden und drohte ihm mit Repression, woraufhin dieser sich von der Organisation des Straßenfestes distanzierte. Ähnliches teilte er der auf dem Flugblatt, was zum Straßenfest aufrief, angegebenen Mailadresse mit. Das im Gegensatz zur Polizei für solche Sachen zuständige Ordnungsamt, was sich wochenlang nicht um die Bearbeitung der Anmeldung gekümmert hatte, meldete sich zum letztmöglichen Zeitpunkt und sagte, das Straßenfest könne ohne Anmelder nicht stattfinden. Am Tag des Straßenfestes wurde eine Spontankundgebung am vorgesehenen Ort angemeldet. Der Kontaktpolizist, der vorher im Viertel mit einem

Kollegen Streife gefahren war und dabei mehrere Kleingruppen von Menschen verfolgt hatte, kündigte dem Anmelder eine Strafanzeige an und versuchte bis aufs letzte, die Versammlung zu unterbinden. Kinder aus dem Viertel, die sich auf das Straßenfest und den Flohmarkt dort gefreut hatten, forderten auf der Kundgebung über Lautsprecher: „*Wer kommen will soll kommen und Flohmarkt machen!*“ Nach eigenen Aussagen trafen sie später noch auf einen Polizisten, der sie einschüchtern und ihnen erzählen wollte, sie könnten „*nicht gegen uns antreten*“. „*Aber wir können es!*“, war die Antwort der Kinder. „*Ich mochte die Polizei noch nie*“, fügte ein 10-jähriges Mädchen hinzu.

... und die Abschlusskundgebung am 1. Mai 2023



Die letzten drei Jahre in Bremerhaven-Lehe haben gezeigt: Wir müssen die falschen Angebote des Staates, die faulen Angebote der Ausbeuter und ihrer Handlanger, boykottieren und weiter eigene Sachen auf die Beine stellen! Ein gelungenes Beispiel ist die von Aktivisten des Roten Bundes unterstützte Abschlusskundgebung mit Stadtteilstfest-Charakter nach der 1.-Mai-Demo letzten Jahres, zu der sich zahlreiche Menschen aus dem Viertel versammelten. •



## FALKENHAGENER FELD: FORTSCHREITENDE VERARMUNG



Die Berliner Arbeiterviertel finden ihren Weg immer wieder auch in die bundesweiten Medien: Seien es die Silvesterkrawalle in Gropiusstadt, Neukölln, oder Schlagzeilen über 60 Prozent Kinderarmut, wie im Rollbergeviertel in Berlin-Reinickendorf.

Auf den offiziellen Kanälen der Berliner Landesregierung wird beschrieben, dass sogenannte „Großsiedlungen“, vor allem in den 1960ern und 1970ern erbaut wurden, um dem *„steigenden Bedarf an bezahlbarem Wohnraum gerecht zu werden“*. So entstanden Viertel, in denen viele Menschen zusammen auf engstem Raum leben, die sich das Leben in anderen Orten der Stadt nicht leisten können.

In Berlin gibt es mehr als 40 solcher Viertel. Zuletzt war das „Falkenhagener Feld“ Thema in den Berliner Lokalmedien, aufgrund eines offenen Briefs der sogenannten „Quartierräte“, der die schlechten Lebensumstände der Menschen dort schildert.

Das Falkenhagener Feld wurde in den 1960er Jahren, am westlichen Stadtrand Berlins, im Bezirk Spandau gebaut und galt als Musterbeispiel des „sozialen Wohnungsbaus“: 9.000 Wohnungen mit Zentralheizung und Balkon, vier bis sechzehn Stockwerke, ein Altenwohnheim und viele Grünflächen. 1,90 Mark Miete pro Quadratmeter wurden damals verlangt.

Ganz im Westen der Stadt, nicht ganz so dicht bebaut wie die Gropiusstadt im Bezirk Neukölln, aber ebenso wenig gut angebunden an den Rest der Stadt, wie etwa das Märkische Viertel im Norden der Stadt. Das Viertel zählt aktuell rund 38.000 Bewohner.

Der „Quartierrat“ ist ein Gremium, welches aus Bewohnern des Gebiets, sowie Vertretern lokaler Einrichtungen, wie beispielsweise Schulen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, gewählt wird, und das „Quartiermanagement“ unterstützen soll. Laut der Selbstbeschreibung des „Quartiermanagement“ im Falkenhagener Feld, ist es deren Aufgabe zu verhindern, dass *„Menschen mit ihrem Stadtteil von der gesamtstädtischen Entwicklung ausgeschlossen bzw. abgehängt werden“*.

Sie sind also ein Instrument des bürgerlichen Staats, um die Probleme der Menschen im Viertel im Blick zu behalten und den sozialen Frieden, durch punktuelle Aktionen, soweit aufrecht zu erhalten, dass den Menschen dort augenscheinlich der Grund genommen wird zu rebellieren. Sie nehmen eine aktive Rolle in der Aufstandsprävention ein.

*„Dabei stehen der Erhalt und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts im Mittelpunkt“*, wodurch sie Illusionen in dieses System schüren und Märchen darüber erzählen, dass es ein „funktionierendes Auffangnetz“ für die „Benachteiligten des Systems“ gebe, also keinen Grund sich gegen eben dieses aufzulehnen.



Doch durch die anhaltende Krise des deutschen Imperialismus, vor allem ihren ökonomischen Aspekt, fällt es den Herrschenden immer schwerer, dieses Bild aufrecht zu erhalten. Im Oktober 2023 haben die Quartiersräte des Falkenhagener Feld die täglichen Probleme der Menschen im Viertel in einem offenen Brief dargestellt:

***„Armut, Existenzängste,  
Mangelernährung bei  
Kindern und Senioren  
gehörten bereits vor den  
aktuellen Krisen zu prägenden  
Phänomenen des Lebens der  
Menschen hier.“***

Es wird beschrieben, wie die steigenden Preise auf Güter des täglichen Bedarfs die Lage der Menschen weiter verschärft, und Strom- sowie Gasversorgung zum Luxus werden. Im Quartier sind 27 Prozent der Menschen auf sogenannte „Transferleistungen“ angewiesen. Der Anteil erwerbsloser Menschen liegt bei rund 8 Prozent, mehr als jedes zweite Kind ist hier von Armut betroffen.

Diese Umstände wirken sich laut den Quartiersräten auch auf die Stimmung unter den Menschen aus, *„das Klima ist spürbar rauer“*. Weiter schreiben sie: *„Das Falkenhagener Feld ist nicht Charlottenburg und auch nicht Prenzlauerberg. Hier ist der Stadtrand und hier gehen die Menschen bereits jetzt auf dem sprichwörtlichen Zahnfleisch. [...] Bestehende Strukturen zur Selbsthilfe drohen zu zerbrechen. Hier gibt es keine Schwemme von sozialen Akteuren, die dort einspringen wo der Staat nicht mehr ausreichend präsent ist. Hier profitiert niemand von reicheren Kiezen oder neuen Jobs in der Hauptstadt. Die Menschen brauchen Antworten auf die aktuellen Krisen und Perspektiven für eine Zukunft ohne Angst vor Hunger, kalten Wohnungen oder dem Verlust ihres Hauses.“*

Der aufgestellte Forderungskatalog an „die Politiker“ verlangt beispielsweise, das Lebensmittel leichter von Supermärkten an Bedürftige gegeben werden, was natürlich nicht die Lösung des Problems, dass die Menschen sich das Einkaufen von Essen nicht mehr leisten können, ist. Stattdessen soll das Problem in

gewisser Weise „aushaltbarer“ gemacht werden, durch Almosenabgaben in Form von Müll.

Auch wird die Forderung aufgestellt, dass kommunale Wohnungsunternehmen energetische Sanierungen durchführen, um dem katastrophalen Zustand der Wohnungen zu verbessern, oder auch Instrumente zur Regulierung der Miete nötig seien.

Der Quartiersrat Jörg Handrick bringt die Sache gegenüber dem rbb24 aus sich der Herrschenden auf den Punkt: „Viele machen nämlich die Politiker für die Abwärtsspirale verantwortlich.“ Das zeigt wieder einmal deutlich, dass die Menschen in dieses System kein Vertrauen haben.

Entgegen den Forderungen im offenen Brief, wird die Lage der Menschen im Falkenhagener Feld weder durch mehr „soziale Akteure“ als verlängerter Arm des Systems, noch durch mehr „staatliche Präsenz“ verbessert. Letzteres stellt die Berliner Regierung immer wieder unter Beweis.

Vor allem steigende Mieten sind für zahlreiche Anwohner ein großes Thema. Die Häuser sind in schlechtem Zustand, Rohrbrüche und kaputte Fahrstühle in teilweise 16-stöckigen Hochhäusern gehören zum Alltag. Auch müssten viele Häuser energetisch saniert werden, um die Kosten von Heizungen und Strom zu verringern. Bezahlbare andere Wohnungen gibt es kaum im Bezirk, genauso wie in der ganzen Stadt.

Bis 2024 wird Spandau rund 6.000 Sozialwohnungen verlieren, auch im Falkenhagener Feld. Der Verlust wird durch den von der Berliner Regierung hoch gelobten und angepriesenen Neubau nicht ausgeglichen.

Die Wohnungen im Falkenhagener Feld gehören schon jetzt zum Großteil städtischen Wohnungsbau-gesellschaften wie Gewobag, Degewo und Berlinovo. Die Berliner Sozialsenatorin Katja Kipping (SPD) hatte in ihrer schriftlichen Reaktion auf den offenen Brief zu diesem Thema nur zu entgegnen, dass das Land Berlin über ein Kündigungsmonatorium und einen Mietestopp bei den städtischen Wohnungsunternehmen verfügt. Im Herbst 2023 wurde jedoch bekannt gegeben, dass die landeseigenen Immobilienunternehmen die Mieten wieder um 2,9 Prozent jährlich erhöhen dürfen. •

## SCHÜLERPROTESTE GEGEN DIE BILDUNGSPOLITIK DER LANDESREGIERUNG



**S**treiks im Nahverkehr, Streiks beim Luftsicherheitspersonal, der Streik der Gewerkschaft der Lokführer, immer mehr aufflammende Kämpfe lehnen das ganze Land das Fürchten, wenn man den bürgerlichen Medien Glauben schenken will.

Inzwischen wirkt sich die für deutsche Verhältnisse starke wirtschaftliche und politische Krise auf der Seite des Volkes und der allgemeinen Bevölkerung immer mehr aus. Die Regierung ist bei den Menschen im Land zutiefst verhasst, und so gehen sie vermehrt für ihre Rechte und Forderungen auf die Straße. Jede Woche liest man von Protesten aus unterschiedlichen Klassen und Schichten der Gesellschaft und immer öfter kommt es dabei auch zu Konfrontationen zwischen den Protestierenden und der Polizei, werden die Grenzen der Legalität im Kampf durchbrochen.

Das ist tatsächlich einfach nur als großartig zu bezeichnen, zeichnet es so nicht nur ein grobes Bild von dem was in Zukunft noch auf uns zukommt, sondern bringt auch der farblosen und ängstlichen Protestkultur in Deutschland ein wenig Erfahrung in Sachen Kampf und Kompromisslosigkeit.

Jetzt gehen in Deutschland auch die Schülerinnen und Schüler auf die Straßen und die Rede ist hier nicht von Fridays for Future. „Schule brennt, Politik pennt“ und „Demokratie in der Bildung: Jetzt!“ , das waren unter anderem die Parolen unter der sich die insgesamt über

1.000 Schüler in elf Städten in Nordrhein-Westfalen versammelten.

Die Forderungen der Schüler waren ein Sondervermögen von 10 Milliarden Euro mit der die zum Teil komplett maroden Schulen saniert und modernisiert werden sollen. Beispielsweise, um den kaputten Heizungen, unzumutbaren sanitären Einrichtungen und dem Schimmel in den Bildungseinrichtungen Herr zu werden, von dem u.a. dutzende Essener Schülerinnen und Schüler in Instagram-Stories zusammen mit der engagierten Memepage „Essen Diese“ berichteten.

Weiter war bei den Protesten auch die alte Forderung zu hören, doppelt so viele Lehrkräfte einzustellen, um die Klassengröße zu halbieren und so individueller auf die Bedürfnisse der Schüler einzugehen und den Lehrerberuf wieder attraktiver zu machen. Eine Forderung, die auch die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft seit Jahren aufstellt. Kritisiert wurde auch die fehlende Umsetzung der Digitalisierung. Denn während die Bundesregierung Millionen dafür ausgibt, dass der bürgerliche Staatsapparat und seine Repressionsorgane digitalisiert werden, um gegen die Bevölkerung und jede noch so harmlose oppositionelle Bewegung vorzugehen, scheitert die digitale Transformation in der Schule an ihren eigenen Maßstäben. Es fehlt an flächendeckender moderner Technik wie Tablets und Wissen um Unterrichtsinhalte und Aufgaben digital bearbeiten zu können.

Auch grundsätzlichere Kritiken am Bildungssystem in der BRD wurde bei den Protesten formuliert. So wurde gefordert das Schulen sich z.B. mehr an den unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten orientieren sollen. Auch solle sich das Lernen mehr an der Lebensrealität der Schülerinnen und Schüler orientieren, während der Leistungsdruck geringer werden soll. Eine gute Forderung die durchaus auch eine Kritik am kapitalistischen Schulsystem selber ist. Denn Schule im Imperialismus ist ein zentraler Ort, um Kinder und Jugendliche zu gehorsamen und buckelnden deutschen Staatsbürgern und braven, unkritischen Lohnsklaven zu erziehen. In der Schule geht es im Allgemeinen darum schon von früh auf jene Inhalte zu pauken, die später für den deutschen Arbeitsmarkt relevant sein werden. Das alles findet in einem auferlegten Konkurrenzkampf zu den Mitschülern statt, mit denen man um die beste Note buhlt.

Ein anderes Beispiel wie sehr Schule im Imperialismus den Notwendigkeiten und Interessen des deutschen Imperialismus entsprechen muss ist das Thema Militarisierung. Denn seit der im Zuge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine proklamierte „Zeitenwende“ des deutschen Imperialismus proklamiert wurde, wird auch die Militarisierung der Gesellschaft in all ihren Bereichen verstärkt vorangetrieben. In Nordrhein-Westfalen wird gerade zum Beispiel diskutiert, ob die Einbindung von sogenannten Jugendoffizieren der Bundeswehr an Schulen verpflichtend in den Unterricht implementiert werden soll. In Bayern will die konservativ-reaktionäre Koalition aus CSU und Freien Wählern das schon zu Pflicht machen. Jetzt wollen manche bürgerliche Politiker in NRW nachziehen.

Offiziell dürfen die Jugendoffiziere die Jugendlichen nicht für die Bundeswehr anwerben. Stattdessen erzählen sie „nur“ von ihren „aufregenden“ Auslandseinsätzen, dem „abwechslungsreichen“ Alltag bei den Streitkräften und den aktuellen Problemen der Bundeswehr wie zum Beispiel fehlende Ausrüstung und die große Personalnot. In der Realität werben die Jugendoffiziere sehr bestimmt in den Schulen, um die Jugend für ihre imperialistische Mördermaschine zu verpflichten und hämmern ihnen zusätzlich noch die kriegstreiberische Position der Bundesregierung ein. Am Ende bekommen die Schülerinnen und Schüler dann das Gefühl von einem Experten gelernt zu haben, dass die Bundeswehr viel mehr Geld braucht. So werden zynischerweise die 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Entwicklung des deutschen

Militärs schon in den Schulen gerechtfertigt, während neben Gesundheitseinrichtungen gerade auch Bildungsinstitutionen kaputt gespart werden. Der Vorschlag für die verpflichtende Einbindung von Jugendoffizieren in den Unterricht kommt aus der CDU, allerdings nicht aus den Reihen der NRW-Regierungsfraktion selber, sondern aus der Partei. So sollen nach den Vorstellungen Serap Gülers, ihres Zeichens Bundestagsabgeordnete und ehemaligen Staatssekretärin für Integration in NRW, ab der 9. Klasse Jugendoffiziere in den Unterricht eingebunden werden müssen. Auch sollen Schulen dazu verpflichtet werden das Schüler während ihrer Schullaufbahn einmal eine Kaserne besucht haben sollen.

Die Initiative der CDU durch eine ehemalige Staatssekretärin NRWs geht einher mit ähnlichen Forderungen mit der gleichen Absicht von Seiten der Bundesregierung. Schließlich will die Bundeswehr bis zum Jahr 2031 insgesamt 201.850 Soldaten zählen, was einem Umfang von 20.000 weiteren neuen Rekruten entspricht. In der Realität dünne sich die Reihen der deutschen Armee aber immer weiter aus. Im vergangenen Jahr ist trotz der omnipräsenten Kriegspropaganda die Zahl der Berufssoldaten und freiwilligen Wehrdienstleistenden um 1.500 gesunken. Um diesen Missstand zu überwinden, setzt die Bundeswehr auf das Prinzip „Klotzen, nicht Kleckern!“. Neben aufwändig produzierten Webserien auf den gängigen Social Media Netzwerken, stellt die Bundeswehr auf Jobmessen für Jugendliche auch mal einen Tornado Kampffet in der Halle auf, um zu zeigen wie „spannend“ der Job als Soldat ist.

Gerade vor dem Hintergrund dieses Beispiel an Militarisierungsinitiativen, die in der Zukunft viel mehr und nicht weniger werden wird, ist die Notwendigkeit einer lebendigen und kämpferischen Schüler- und Studierendenbewegung umso wichtiger. Diese muss für ihre gerechtfertigten Forderungen, für gute, kostenlose und fortschrittliche Bildung, die mit angemessenen technischen Mitteln und in angemessenen Räumlichkeiten stattfindet kämpfen. Dazu gehört auch das die Jugend gegen den Militarismus an unseren Schulen kämpft und entschlossenen Protest dagegen äußert als Kanonenfutter in den imperialistischen Kriegen der Herrschenden gegen ihre Klassenbrüder- und Schwestern eingesetzt zu werden. Schließlich muss dieser Kampf verbunden sein mit dem Kampf um die Macht für das Proletariat in diesem Land, was hervorragende Bedingungen hat, denn die Jugend ist am wenigsten konservativ, ist am meisten revolutionär. •

## URTEIL IM MORDFALL ANTE P.



**D**ie Polizei ist kein Freund, das ist vielen von uns klar. Ganz im Gegensatz zu dem in den letzten Jahren verstärkt in den sozialen Medien stattfindenden Freund-und-Helfer-Getue der Bullen, stehen diese nicht auf der Seite der einfachen Menschen. Etwas, das viele von uns auch schon am eigenen Leib spüren mussten. Während sich die Bullen in den kleinbürgerlichen „besseren Gegenden“ recht zurückhaltend und auch oft freundlich benehmen, kennen viele von uns aus den proletarisch geprägten Arbeitervierteln Polizeigewalt und haben diese auch häufig schon am eigenen Leib erlebt. Während die Polizisten sich gegenüber Jugendlichen, die auf Plätzen in diesen Vierteln ihre Zeit totschlagen, wie Rambos verhalten, bleiben sie den gleichen Vierteln oftmals fern, wenn sie dort wegen tatsächlich wichtigen Dingen, wie häuslicher Gewalt, angerufen werden. Über die Machenschaften der Polizei, insbesondere über die Freiburger Polizei haben wir in den vergangenen Ausgaben unserer Zeitung recht häufig geschrieben. Doch reaktionäre Polizeigewalt ist nicht nur ein Problem aus Freiburg, sondern geschieht ständig und überall in der BRD. Dabei geht die Gewalt der Bullen immer wieder auch weiter, als Leute einfach nur zu verprügeln. Regelmäßig werden in Deutschland Menschen durch die Polizei ermordet und immer kommen die Cops damit einfach davon. So auch aktuell in der Universitätsstadt Mannheim, bei Karlsruhe in Baden-Württemberg.

Dort gab es vor etwas weniger als zwei Jahren den Mord an Ante P., der durch die sozialen Medien ging. Ante war ein ausländischer Arbeiter und hatte Probleme mit psychischen Krankheiten. Aus diesem Grund war er auch in regelmäßiger Behandlung bei einem Psychologen. Am 2. Mai stellte dieser Arzt dann bei Ante einen akuten Schub paranoider Schizophrenie fest, und wollte ihn deswegen in die Psychiatrie einweisen. Ante wollte dies nicht und rannte fort. Der Psychologe von Ante wollte ihn zwangseinweisen lassen, um zu verhindern, dass dieser sich selbst etwas antue. Absurderweise war dies die Intention, die ihn dazu brachte die Polizei zu kontaktieren.

Die Polizei kam und suchte nach Ante. Zwei Polizisten fanden ihn schließlich. Diese Bullen agierten aggressiv und gewalttätig. Als Ante nicht mit ihnen mitkommen wollte, setzten sie Pfefferspray gegen ihn ein und versuchten ihn zu überwältigen. Ante, der ohnehin schon in einem labilen psychischen Zustand war, wurde daraufhin noch panischer, riss sich los und rannte weg. Die Bullen wiederum verfolgten ihn und am Marktplatz der Mannheimer Innenstadt kriegten sie ihn schließlich zu fassen. Ganz so wie sie angefangen hatten, brachten sie ihn nun gewaltsam zu Boden und fixierten ihn, während einer der beiden Bullen den mittlerweile wehrlosen Ante mehrere Male mit Quarzsand-Handschuhen auf den Kopf schlug. Nach den Schlägen blieb

Ante regungslos liegen. Kurze Zeit darauf verstarb er noch an Ort und Stelle.

Ein typischer Fall von tödlicher Polizeigewalt, wie es ihn schon so oft gab. Doch was diesen Fall von den meisten anderen unterscheidet ist, dass dieser aufgrund der zentralen Lage Tatortes sehr gut dokumentiert wurde. Zahlreiche Videos, die in den sozialen Netzwerken kursieren, zeigen genau, wie Ante von den Polizisten zu Tode geprügelt wird. Jene Situation gab vielen Freunden und Angehörigen von Ante auch Hoffnung, dass die Polizisten für ihre Taten bestraft werden. Auch wenn dies so gut wie nie geschieht, diesmal musste es anders sein – so die Hoffnungen. Immerhin war die Beweislage doch klar und eindeutig. Diese falschen Hoffnungen wurden jedoch vom Urteilspruch am 1. März zerstört. Trotz der eindeutigen Dokumentation wurde keiner der beiden Bullen zur Rechenschaft gezogen. Einer der beiden wurde vom Gericht freigesprochen, weil er nicht derjenige war, der Ante tötete. Er war „lediglich“ derjenige, der Ante festhielt, während sein Kollege dies tat. Derjenige Bulle, der die tödlichen Schläge auf Ante ausführte, wurde zwar verurteilt, bekam aber ein mildes und zugleich äußerst zynisches Urteil.

Die Schläge auf Antes Kopf wurden vom Gericht als nicht rechtmäßig bewertet und der Polizist wurde auch für diese Schläge verurteilt, wegen „Körperverletzung“, zu 120 Tagessätze je 50 Euro. Beide Polizisten können weiterhin im Polizeidienst bleiben.

Die Begründung hinter dem Urteil war, dass man angeblich nicht klar sagen könne, ob Ante denn tatsächlich durch die Gewalteinwirkung der Polizei starb. Während das Gerichtsgutachten der Staatsanwaltschaft feststellte, dass Ante während der Polizeimaßnahme an seinem Blut erstickt ist, meinte das Gutachten, welches von der Verteidigung in Auftrag gegeben wurde, dass Antes Todesursache eine bei ihm vorhandene Herzschwäche war. Diese beiden Gutachten nutzte das Gericht als Legitimation für das sanfte Urteil.

Angeblich könne man nicht genau klären, ob es denn nun die Schläge der Beamten oder die Herzschwäche war, die Ante das Leben kostete. Vielleicht hatte die Misshandlung durch die Polizeibeamten rein gar nichts damit zu tun und Ante sei einfach zufällig, just in diesem Moment an Überanstrengung gestorben. Ganz so als wären Schläge und Pfefferspray und gewaltsam auf den Boden gedrückt zu werden keine Dinge, die ein solches Herzversagen auslösen könnten.

Auf diese Weise argumentieren die deutschen Gerichte jedoch nicht immer. Wenn wir uns die aktuelle Repression gegen Antifaschisten anschauen, dann wird dies deutlich. So wurden im sogenannten „Antifa-Ost“-Verfahren mehrere junge Menschen zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt, weil sie angeblich Nazis angegriffen und verprügelt haben sollen. Die einzigen „Beweise“ sind aus dem Zusammenhang gerissene abgehörte Gesprächsfetzen, sich widersprechende Aussagen von Faschisten, sowie ebenfalls widersprüchliche Äußerungen des Kronzeugen, der seine ehemaligen Gefährten verriet, um seine eigene Haut zu retten. Letztlich ein Urteil, das sich nur auf Indizien stützt und das Prinzip „im Zweifel für den Angeklagten“ ins Gegenteil verkehrt. Ein Urteil welches, das ist sehr deutlich, mit einem politischem Willen gefällt wurde.

Ebenso verhält es sich mit dem Urteil, welches diesen Monat in Mannheim gefällt wurde. Die in die Sinnlosigkeit überhöhte „im Zweifel für den Angeklagten“-Logik des Mannheimer Gerichtes ist kein Zufall, sondern hat einen genauso deutlichen politischen Willen wie im Antifa-Ost Verfahren. Der Unterschied dabei ist, wer vor Gericht steht. Wenn deutsche Polizisten in Deutschland vor Gericht stehen, können sich diese darauf einstellen, keinerlei Folgen für ihre Handlungen fürchten zu müssen. Dass die Polizei ohne Konsequenzen alle möglichen Verbrechen gegen das Volk begehen kann, zeigen auch die zahlreichen weiteren Fälle von tödlicher Polizeigewalt, z.B. Oury Jalloh, Ahmed A., Mouhamed D. oder Adel B.

Ein weiteres Beispiel, welches die Quasi-Straflosigkeit für Bullen aufzeigt, ist der Kinderschänder und Polizist Uwe H. aus Sachsen. Dies war ein Bulle der sich regelmäßig pornographische Videos mit Kindern ansah. Dabei stellte er sich jedoch recht dumm an. Er lud versehentlich Kinderpornos auf den Polizeirechner. Seine Wohnung wurde durchsucht und dabei wurde weiteres derartiges Videomaterial gefunden. Nun wurde Uwe H. zwar verurteilt, doch auch dabei nur äußerst milde mit einer Bewährungsstrafe von 11 Monaten. Der bürgerlichen Presse sagte er, dass er beabsichtige wieder in den Polizeidienst zurückzukehren.

Wie wir sehen können gibt es zwei Dinge, welche wir nicht erwarten sollten. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass die Bullen sich an ihre eigenen Gesetze halten. Ebenso können wir uns nicht darauf verlassen, dass die Gerichte die Bullen anschließend für ihre Verbrechen zur Rechenschaft ziehen. Es ist klar, von diesem Staat ist keine Gerechtigkeit zu erwarten. •

## „REGEN AUF DER FAHRBAHN“ – DIE ABGRÜNDE DES DEUTSCHRAPPS

**M**assiv über alle Medien, durch sein eigenes Label und deren Besitzerin, der Universal Music Group, beworben, hat der Rapper Capital Bra mit prominenter Unterstützung sein neues Lied „Regen auf der Fahrbahn“ veröffentlicht. Deutschrap-Urgestein Sido und der Neuköllner Mittelmaß-Hip-Hopper Gringo singen zusammen mit dem Deutsch-Ukrainer von ihrer unglaublich „traurigen“ Situation in ihrer jämmerlichen Existenz, die ihnen ihr Lumpen-Leben beschert hat.

Das Lied hat nicht mal einen Beat, lediglich eine sentimentale 08/15-Klaviermelodie, zu der sich jeder in seinem Part einmal kräftig ausheulen darf. So etwas soll dann angeblich „episch“ und „deep“ sein. Die pessimistische Stimmung wird mit ausschließlich schwarz-weißen Videoszenen abgerundet. „Capi“ singt:

*„Mir wird kalt, mich erwischt die Müdigkeit  
Und ich fahre mit dreihundert Richtung Grunewald  
In Kleinmachnow hab' ich für meine Familie zwei Villas steh'n  
Aber keiner von den'n will mich seh'n  
Und ich hab' jeden Tag Krach  
Zuhause wegen Tas, draußen wegen den Clans  
Ich bin kein Dealer und brauche keine Feinwaage  
Doch mach' mich selber klein, wenn ich das Zeug  
kleinmache [...]  
Regen auf der Fahrbahn  
Ich fahr' wieder ohne Führerschein  
Blitzerfoto, Radar  
Und die Cops hol'n uns nie mehr ein  
Fahre Richtung Drama [...]“*

Aufgewachsen im Ostberliner Arbeiterviertel Hohenschönhausen, begann Capital Bra's Erfolg Mitte des letzten Jahrzehnts mit Songs, die keineswegs fortschrittlich waren, aber zumindest kämpferisch – so erlangte er in weiten Teilen der Arbeiterjugend Ansehen und erlebte einen steilen Aufstieg an die Spitze des Musikgeschäfts in Deutschland. Er war scheinbar ein bisschen gegen die herrschenden Verhältnisse und „Normen“ und hatte offensichtlich ein Problem mit der Polizei.

Wie es nicht anders kommen konnte, löste sich der Schein nach einer Zeit auf und Capital Bra zeigte und rappte nur noch über sein Vermögen, über sein schönes Leben im Imperialismus: über das, was er als ein Lump immer gewollt hatte – ein reiches Leben als ein Parasit auf dem Rücken der Arbeiter – und grundlegend Frieden mit dem Staat und dessen Unterdrückern der Arbeiter. Seine Lieder waren weniger aggressiv und kämpferisch, und immer pessimistischer. Er sang viel über seinen Drogenkonsum – mit Konsequenzen; laut Experten sind z.B. die Tilidin-Verschreibungen unter 15- bis 20-Jährigen im Jahr 2019 um 50 Prozent angestiegen, was offensichtlich in Zusammenhang mit seinen Liedern steht – und die Einsamkeits-Probleme, die man als reiches Arschloch ohne echte Freunde hat. Alles Kämpferische in den Liedern von Capital Bra ist längst fort. Der Rapper wird dieses Jahr 30, und es stellt sich beim Hören seiner Texte die Frage, wann dieser Mensch endlich erwachsen wird. Die oben stehenden Zeilen reihen sich da voll mit ein. Er singt über die Degeneration der Bourgeoisie, die trotz ihres parasitären Reichtums aufgrund ihrer niederen und egoistischen Interessen kein Glück finden kann, mit der Haltung eines Lumpen, dem alles um ihn egal ist. Er singt davon, wie er seine Kinder zurücklässt, als er sich selbst bei seiner nächtlichen Fahrt auf der Berliner Stadtautobahn in einem Unfall umbringt.

Weiter geht es mit „Gringo“:

*„[...] Capi, wie spielst du dein Lächeln?  
(Der Joker, ein Clown kann die Tränen verstecken)  
Manchma' sauer, manchma' traurig  
Manchma' freundlich, manchma' auch nicht  
Aber meistens launisch  
Warum weiß ich auch nicht  
Regen tropft auf Fensterbrett  
Außen schimmert Spiegel Blaulicht [...]“*

Am Ende seines Parts nimmt Gringo symbolisch die Hände hinter dem Kopf zusammen, während man blaues Licht (die einzig farbige Sache im Video) im Hintergrund erkennt – sein Zeichen der Kapitulation.

Dann kommt Sido:

*„Ich nenn' dich Lola, weil du wegrennst, lauf, Forrest  
 Ich seh' den Rest nur von hinten  
 Vergess' zu essen und trinken, einfach nur lächeln und  
 winken, [...]  
 Keine Farben, alles schwarz und weiß  
 Wie Reportagen aus der Nazizeit  
 Komm vorbei, um zwölf am Mittag gibt's ne Ladung Blei  
 Ich bin DiCaprio in Titanic 2“*

Auch der „Mein Block“-Rapper aus dem Märkischen Viertel hat die Zeit, in der er seine „coolen“ Lieder rausgebracht hat, längst hinter sich. Kürzlich hatte er einen Drogenabsturz zu verzeichnen und war vor zwei Jahren kurz davor, sich das Leben zu nehmen. Er steht heute auf der einen Seite für Normalisierung – das Fernsehformat „Sido geht wählen“ für bürgerliche Wahlpropaganda 2009, seine Teilnahme als Coach bei „The Voice of Germany“, Lieder mit Schnulz-Pop-Sängern wie Mark Forster zeigen, dass aus dem „Gangster“ ein braver Mann werden kann – auf der anderen Seite hat er seine persönlichen lumpenhaften Probleme nie in den Griff bekommen. Er gibt selbst zu, dass er *„vier Anläufe als Vater hatte, und alle vier verkackt“* hat.

Das Lied „Regen auf der Fahrbahn“ zeigt mehr denn je, dass all das Lumpentum, das die Herrschenden besonders der Jugend unserer Klasse predigen wollen, keine Perspektive hat und seine Vertreter als heruntergekommene, drogensüchtige und verantwortungslose Individuen im Sumpf der alten Gesellschaft verfaulen. Als solche verbreiten die drei Berliner Rapper natürlich Pessimismus, was auch die Kampfmoral der Zuhörer senken soll. Und deshalb können wir nicht zulassen, dass so ein Dreck weiter unter unserer Klasse

verbreitet wird. Rapper wie Capital Bra, Sido und Gringo repräsentieren kein Stück weit den Kampf der Arbeiterjugend, sondern nur die Kapitulation.

Für die Arbeiter gibt es aber keinen Grund, den Kopf vor Selbstmitleid in den Sand zu stecken. Unsere Leute wollen kämpfen, und deshalb muss auch jede Form der Kultur, die sich gegen den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung stellt, abgelehnt werden. Hip Hop ist eine wunderschöne Kulturströmung, die wie alle anderen auch ihre Wurzeln im



Volk hat. Man kann und muss dieses Genre nutzen, um den Kampf der Arbeiter voranzubringen, aber das ist nicht möglich, ohne zeitgleich schonungslos die faulen, egoistischen Einflüsse des Lumpentums zu bekämpfen. •

[WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG](http://WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG)



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

## KOMMENDE TERMINE

### BREMEN

Café Rebellion  
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)  
Jeden Mittwoch  
ab 17 Uhr

### 1. MAI - KAMPFTAG DES INTERNATIONALEN PROLETARIATS

**DER ROTE BUND WIRD AM 1. MAI  
DEUTSCHLANDWEIT AKTIONEN ENTFALTEN,  
ERKUNDIGT EUCH BEI EUREN LOKALEN  
KONTAKTEN NACH DEN TERMINEN!  
CHECKT DIE WEBSITE UND BETEILIGT EUCH:**



**KÄMPFT UND WEHRT EUCH!  
HERAUS ZUM 1. MAI!**

## KONTAKTE

### BUNDESWEIT

Roter Bund | [kontakt@roterbund.de](mailto:kontakt@roterbund.de)  
Rotes Frauenkomitee | [rfk-kontakt@roterbund.de](mailto:rfk-kontakt@roterbund.de)

### BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | [bw@roterbund.de](mailto:bw@roterbund.de)

### BERLIN

Roter Bund | [berlin@roterbund.de](mailto:berlin@roterbund.de)

### BREMEN

Roter Bund | [bremen@roterbund.de](mailto:bremen@roterbund.de)  
Rotes Frauenkomitee Bremen | [rfk-bremen@roterbund.de](mailto:rfk-bremen@roterbund.de)

### HAMBURG

Roter Bund | [hamburg@roterbund.de](mailto:hamburg@roterbund.de)  
Rotes Frauenkomitee Hamburg |  
[rfk-hamburg@roterbund.de](mailto:rfk-hamburg@roterbund.de)

### NRW

Roter Bund | [nrw@roterbund.de](mailto:nrw@roterbund.de)

### DAS TITELBILD

Kämpfe am Grenzzaun Gazas gegen das israelische Militär,  
2018

Quellen: [washingtonpost.com](http://washingtonpost.com), [rnd.de](http://rnd.de), [transcend.org](http://transcend.org)

**ROTE  
POST** 